

Presseinformation

20. April 2021

„Die Wasserversorgung der Menschen und Arbeitsstätten in Mittelhessen ist gesichert“

Regierungspräsident Ullrich übergibt Grundwasser-Entnahmeerlaubnis für das bedeutendste Wasserwerk Mittelhessens

Gießen/Stadtallendorf. Es scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein, doch damit das Trinkwasser aus dem Wasserhahn fließt, sind viele Menschen in Betrieben und Behörden tagtäglich im Einsatz. Nachdem eine alte wasserrechtliche Bewilligung zur Grundwasserentnahme ausgelaufen war, hatte der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) ein neues Förderrecht für das Wasserwerk Stadtallendorf beantragt. Zuständig ist die Obere Wasserbehörde des Regierungspräsidiums Gießen. Nun hat Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich den Zulassungsbescheid an ZMW-Geschäftsführer Karl-Heinz Schäfer übergeben.

Der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke bildet mit seinem großen Leitungsverbandssystem, das sich über die Landkreise Marburg-Biedenkopf, Gießen und Lahn-Dill erstreckt, den wichtigsten Trinkwasserversorger der Region. „Etwa eine halbe Million Menschen in Mittelhessen werden von uns rund um die Uhr mit exzellentem Trinkwasser versorgt“, erläutert Geschäftsführer Karl-Heinz Schäfer. „Hierzu stellen die ZMW-Beschäftigten sicher, dass jährlich mehr als 23 Millionen Kubikmeter Wasser gewonnen, aufbereitet und zu den Kunden transportiert werden.“

Der größte Anteil dieses Trinkwassers stammt dabei aus dem Wasserwerk Stadtallendorf, wo Grundwasser über insgesamt 24 einzelne Tiefbrunnen aus dem Untergrund entnommen und anschließend aufbereitet wird. Aufgrund des Fristablaufs einer alten wasserrechtlichen Bewilligung aus dem Jahre 1969, mit der zwei auch heute noch gültige Förderrechte aufgestockt wurden, musste der ZMW im Jahr 2019 bei der Oberen Wasserbehörde des RP Gießen eine neue Zulassung für die Aufstockungsmenge beantragen.

„In den vergangenen Jahren zeigte sich, dass die Trinkwasseranforderungen der Städte und Gemeinden in unserem Versorgungsgebiet aufgrund von Bevölkerungszuwachs und der Ansiedlung von Gewerbebetrieben deutlich ansteigen“, stellt Geschäftsführer Schäfer klar. „Der ZMW entschied daher, für das Wasserwerk Stadtallendorf eine Ausweitung der Grundwasserförderung um etwa 1,4 Millionen Kubikmeter pro Jahr gegenüber der bereits seit 1969 zulässigen Menge zu beantragen.“ Hierbei wurde das höchste tägliche Fördervolumen von ursprünglich 60.000 Kubikmeter auf 48.000 Kubikmeter verringert.

Die Obere Wasserbehörde des RP Gießen startete ein umfangreiches Verfahren. Dabei ist unter Beteiligung verschiedener Fachbehörden detailliert geprüft worden, ob die beantragte erhöhte Entnahmemenge umweltschonend gewinnbar ist. „Für alle Fragestellungen mussten Lösungen entwickelt werden, die fachlich und rechtlich tragbar sind“, berichtet Regierungspräsident Ullrich. Nach über fünfjähriger Verfahrensdauer konnte das RP Gießen dem ZMW-Antrag nun zustimmen. Der Zulassungsbescheid ist dabei mit strengen Auflagen versehen, um das Grundwasser, den Boden sowie die Wälder und Wiesen mit den dort beheimateten Pflanzen und Tieren in der Umgebung des Wasserwerks vor Beeinträchtigungen zu schützen.

„Ich bin stolz, dass dieses komplexe Verfahren nun zu einem guten Abschluss gekommen ist und damit die Wasserversorgung der Menschen und Arbeitsstätten in Mittelhessen gesichert ist“, sagt RP Ullrich anlässlich der Übergabe des Zulassungsbescheids. Ihm sei aber auch bewusst, dass die Umsetzung des Bescheides mit allen seinen Auflagen für den Verband ein Kraftakt – kostenmäßig und personell – werde. „Wir werden unter Anspannung aller verfügbaren Kräfte und Mittel wie in den letzten 65 Jahren versuchen, die öffentliche Trinkwasserversorgung zuverlässig und dem Gemeinwohl verpflichtet, darzustellen“, betont Geschäftsführer Schäfer abschließend. Klimawandel und Trockenjahre stellten dabei eine zusätzliche Herausforderung dar.



Wasserrechtlicher Bewilligungsbescheid mit großer Reichweite (v.l.): Dr. Moritz Leps (RP Gießen), Dirk Ficht (ZMW Abteilungsleiter-Wasserversorgung), Simone Wendel (RP Gießen), Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich, Karl-Heinz Schäfer (ZMW-Geschäftsführer), Bürgermeister Christian Somogyi (ZMW-Verbandsvorsitzender) und Karin Ohm-Winter (RP-Abteilungsleiterin).

Foto: RP Gießen

Das **Regierungspräsidium Gießen (RP)** ist die übergreifende Behörde für den 101 Kommunen umfassenden Regierungsbezirk Mittelhessen. Dieser besteht aus den Landkreisen Limburg-Weilburg, Lahn-Dill, Gießen, Marburg-Biedenkopf und Vogelsberg. In der von Forschung, Hochschulen, optischer und feinmechanischer Industrie sowie Medizintechnik geprägten Region leben gut eine Million Menschen auf circa 5.500 Quadratkilometern. In sieben Abteilungen nehmen rund 1.300 Beschäftigte aus über 60 Berufen die Zuständigkeiten fast aller Ressorts der Landesverwaltung wahr. Diese befinden sich im Hauptsitz am Landgraf-Philipp-Platz, in fünf weiteren Liegenschaften in Gießen sowie weiteren in Wetzlar, Hadamar, Kassel und sogar am Frankfurter Flughafen.

Unsere Themen reichen von A wie Abfall und Arbeitsschutz über Bergbau, Landwirtschaft, Naturschutz, oberirdisches Gewässer oder Verbraucherschutz bis Z wie Zuwanderung. Wir sorgen dafür, die Region Mittelhessen nachhaltig weiterzuentwickeln. Dafür stimmen wir die Interessen und Belange beteiligter Behörden, Institutionen, der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger miteinander ab und führen diese zusammen. In verschiedenen Bereichen übernimmt das RP hessenweite Zuständigkeiten: Dazu gehört unter anderem die Heim- und Pflegeaufsicht, Elterngeld, Schwerbehindertenrecht, die Kontrolle von Obst und Gemüse, Futtermitteln und tierischen Erzeugnissen, Pflanzenschutz, Erstaufnahme von Flüchtlingen, Luftrettung oder auch die Genehmigung und Überwachung gentechnischer Anlagen sowie nachgeordnet die sechs Hessischen Ämter für Versorgung und Soziales. Seit 2015 steht Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich an der Spitze der Behörde. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite www.rp-giessen.hessen.de.